



Hohenheim Entrepreneurship Research Brief

Nr. 3 – September 2017 – ISSN 2568-4388

Kreative Gründungsförderung - wo Startups die Politik in der Pflicht sehen

Von Andreas Kuckertz und Alicia Prochotta

Deutschland zählt im internationalen Vergleich zu den Volkswirtschaften, die auf eine bestens ausgebaute Förderinfrastruktur verweisen können. Dennoch verbleibt die Gründungsrate auf einem nicht akzeptablen, niedrigen Niveau. Wir befragen daher rund 200 Startup-Unternehmer aus Baden-Württemberg zu ihren Unterstützungserwartungen gegenüber der Politik. Insbesondere für politische Entscheidungsträger und öffentliche Fördereinrichtungen legen die Ergebnisse zwei Schlüsse nahe. Einerseits werden vielfach Förderangebote gefordert, die längst etabliert sind. Offenkundig haben etliche Programme ein Kommunikationsproblem und können sich im „Förderdschungel“ nicht bemerkbar machen. Andererseits liegt trotz der zahlreichen existierenden Angebote immer noch ein immenses Aufwärtspotenzial in der Etablierung kreativer, neuartiger Ansätze der Gründungsförderung. Hierzu machen wir entsprechende Vorschläge.

Unternehmensgründer setzen sich ihre Ziele selbst. Dennoch benötigen sie Unterstützung, insbesondere, wenn sie als Startup-Unternehmer danach streben, innovative Lösungen für drängende Probleme marktfähig zu machen. Gerade ambitionierte unternehmerische Ziele sind selten alleine realisierbar, sondern benötigen vielmehr Rahmenbedingungen, unter denen diese überhaupt umsetzbar sind.

Hier kommt die öffentliche Gründungsförderung ins Spiel, die nicht nur danach streben sollte, Startup-Unternehmern die ersten Schritte zu erleichtern,

sondern die auch in der Verantwortung ist, späteres Wachstum zu ermöglichen. Internationale Vergleichsstudien wie der Global Entrepreneurship Monitor stellen Deutschland im Hinblick auf die Aktivitäten der öffentlichen Hand zur Förderung von mehr Unternehmertum seit Jahren ein verhältnismäßig gutes Zeugnis aus. Gleichzeitig stehen wir vor dem Paradoxon, dass trotz oberflächlich optimaler Förderung die generelle Gründungsrate nur als niedrig bezeichnet werden kann. Auch zeichnet sich das deutsche Gründungsgeschehen durch ein ungünstiges Verhältnis von Gründungen aus der

Not zu Chancengründungen aus. Gerade Hochpotenzialunternehmensgründungen, die von Gründern vorangetrieben werden, die sich von ihrer Unternehmensvision Wandel, Innovation und Wachstum versprechen, finden sich viel zu selten.

Wir befragen daher Startup-Unternehmer aus einer der innovativsten Regionen Europas nach ihren Vorstellungen zu einer optimalen Gründungsförderung. Dies sind Startup-Unternehmer aus Baden-Württemberg, die aufgrund ihrer Erfahrungen in der Etablierung von innovativen Gründungsprojekten bestens positioniert sind, um Auskunft über die Herausforderungen des Gründungsprozesses und über mögliche Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand geben zu können.

Datenerhebung

Der Lehrstuhl für Unternehmensgründungen und Unternehmertum an der Universität Hohenheim betreibt seit 2016 ein konstantes Monitoring der baden-württembergischen Startup-Szene. Durch die Berücksichtigung einer Vielzahl an Quellen (wie bspw. Elevator Pitch BaWü, Startup Gipfel, StartupSpot, Venture-Zphere) wird auf diese Weise eine repräsentative Annäherung insbesondere an das innovative und technologieorientierte Gründungsgeschehen in Baden-Württemberg möglich. 810 Startup-Unternehmer wurden zu einer Onlinebefragung eingeladen, die gemeinsam mit IdeenwerkBW.de, dem Innovationsblog der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten, entwickelt wurde. Die Befragung wurde als Blitzumfrage in der Woche vom 15. Juli 2017 bis einschließlich 21. Juli 2017 durchgeführt und lieferte 193 verwertbare Antworten. Dies entspricht einer vergleichsweise hohen Antwortrate von 23,82 Prozent, die auf ein hohes Involvement und ein hohes Interesse der Befragten an der Thematik schließen lässt. Da die Umfrage nicht auf dem Level der Startup-Unternehmen durchgeführt wurde, sondern auf der Individualebene der Gründer, sind Rückschlüsse auf die Unternehmensebene nur bedingt möglich.

Die Ergebnisse zeichnen nicht nur ein aktuelles Stimmungsbild unter Startup-Unternehmern aus dem Südwesten und stellen dem Startup-Standort Baden-Württemberg ein Zeugnis aus – sie können auch grundsätzlich dazu dienen, die Gründerförderungen über dieses einzelne Bundesland hinaus zumindest in Teilen neu zu denken.

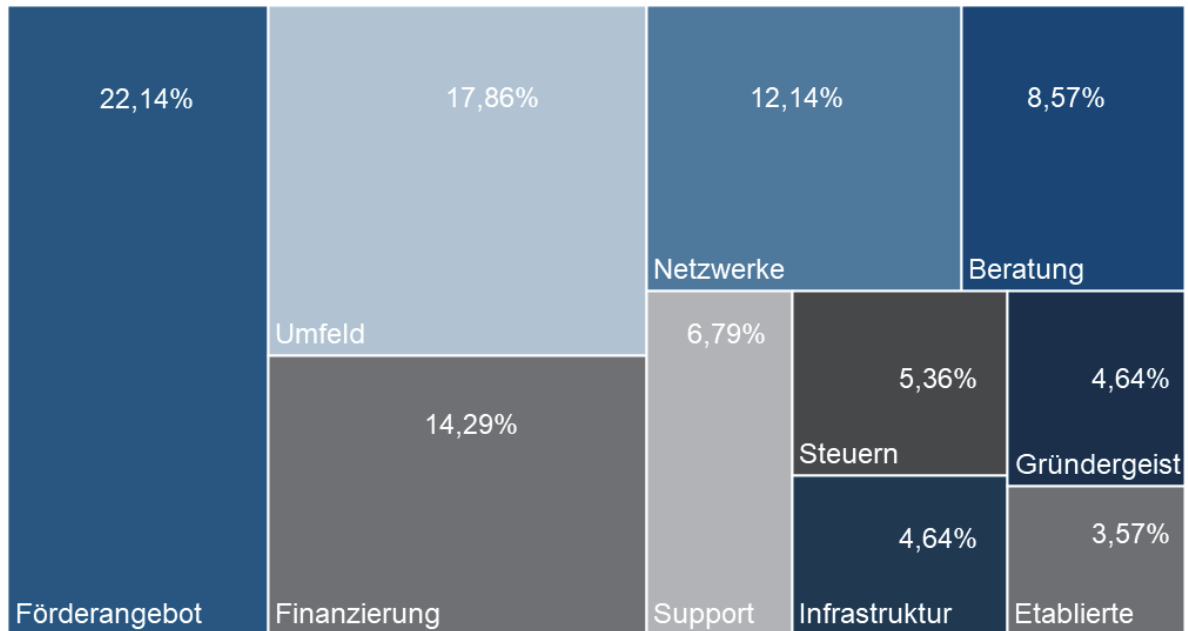
Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Startup-Unternehmer stammt aus den Startup-Ökosystemen Stuttgart (36,8 Prozent) und Karlsruhe (20,2 Prozent). Mit weitem Abstand folgen die Ökosysteme Neckar-Alb und Freiburg (knapp zehn Prozent). Heilbronn, Ostwürttemberg oder Bodensee kommen beispielsweise lediglich auf Anteile von weniger als fünf Prozent. Im Hinblick auf die unternehmerischen Aktivitäten der Befragten zeigt sich, dass sich diese durchgängig in Branchen mit hohem Innovationspotenzial engagieren. Unternehmer aus IT- und Software-Startups stellen 30,6 Prozent der Umfrageteilnehmer und weitere 18,1 Prozent sind den Bereichen Hightech und Technologie zuzuordnen. Die andere Hälfte der Gründer ist in einem breiten Branchenspektrum unterwegs – von Dienstleistungen über Handel und Gesundheit bis hin zu Agrar / Ernährung sowie Computerspiele / Medien. Dies kann als erster Hinweis darauf gewertet werden, dass eine rein auf wenige, hochprofilerte Branchen fixierte Förderpolitik zwangsläufig zu kurz greifen wird – die von Startups geprägte Innovationslandschaft zeigt sich als äußerst vielfältig.

Im Mittel sind die Startups der befragten Unternehmer vier Jahre alt und haben elf Mitarbeiter. Darüber hinaus unterteilt sich die Startup-Szene in diejenigen, die sich bereits etablieren konnten, und diejenigen, die diesen Schritt noch zu leisten haben. So bezeichnen sich 13,11 Prozent der Befragten als ehemalige Startup-Unternehmer („Wir waren ein Startup, aber jetzt sind wir darüber hinaus“). Die anderen 86,89 Prozent der Befragten verstehen sich hingegen noch eindeutig als Startup-Unternehmer („Ja, wir sind ein Startup“).

Im Kern der Analyse der vorliegenden Studie stehen die Antworten der Befragungsteilnehmer auf die offene Frage, was die Landespolitik tun könne, um „Ihnen und Ihrem Unternehmen das Leben einfacher zu machen“. Die sich daraus ergebenden überaus umfangreichen und diversen Vorschläge wurden mithilfe einer Software zur qualitativen Datenanalyse (MAXQDA) systematisch analysiert und kategorisiert. Abbildung 1 fasst die identifizierten zehn Themenbereiche zusammen und macht deutlich, wie häufig ein bestimmtes Problemfeld thematisiert wurde. Diese zehn Themenbereiche werden nachstehend vorgestellt und mit teilweise sehr pointierten und drastischen Aussagen der Befragungsteilnehmer illustriert.

Zentrale Themenfelder der Gründerförderung aus Sicht von Startup-Unternehmern
 Häufigkeit der Nennung bestimmter Themenfelder

Abbildung 1



Quelle: Universität Hohenheim, Fachgebiet Unternehmensgründungen und Unternehmertum
 n = 196 Startup-Unternehmer aus Baden-Württemberg

Förderangebot aufräumen und klar kommunizieren

Die Förderlandschaft in Baden-Württemberg gilt aus Sicht der Unternehmer als „zerfleddert“ und als ökonomisch wenig sinnvoll. Auch die Anforderungen und Voraussetzungen, die an ein Startup gestellt werden, das staatliche Förderung erhalten möchte, können zum Teil nicht erfüllt werden. Ein Großteil der befragten Startup-Gründer fordert deshalb eine Umgestaltung des Förderangebots für baden-württembergische Startups. Die Förderlandschaft sollte in erster Linie verschlankt und der gegenwärtige „Förderdschunel“ vereinheitlicht werden. Insgesamt wird ein verständliches, transparentes und einfach zugängliches Fördersystem mit zentraler Basis gefordert, welches weniger Barrieren und mehr Netzwerkmöglichkeiten aufweist. Das heißt konkret: Weniger Förderprojekte, weniger öffentliche Stellen, die bei der Startup-Förderung „mitwursteln“, dafür aber mehr private Gründungsförderung und Unterstützung, branchenspezifische Förderfonds, eine systematische Anschlussförderung an das EXIST Gründerstipen-

dium sowie Förderprogramme für innovative Gründer, die nicht aus den Hochschulen ausgründen oder vorher angestellt waren. Dabei ist auch der grundsätzliche Geist der Gründerförderung entscheidend. Diese wird oft als risikoscheu und konservativ gesehen.

„Baden-Württemberg fördert in keiner Weise innovativ und betreibt damit Evolution statt Revolution! Hier wird man erst unterstützt, wenn man schon auf eigenen Beinen stehen kann (= Umsatz und Kunden aufweisen kann und eigentlich schon Mittelständler ist), was völlig am Ziel vorbeigeht.“

Umfeld gründerfreundlich und weltoffen gestalten

Ein Großteil der befragten Gründer wünscht sich eine Anpassung der (politischen und rechtlichen) Rahmenbedingungen für Startups in Baden-Württemberg. Dazu gehört bspw. der Abbau bürokratischer Hürden. In dieser Hinsicht wird z.B. die Bereitstellung eines offiziellen Leitfadens zur Gründung und zu allen damit verbundenen Schritten gefordert.

Auch die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen auf Bundesebene wie bspw. die Modernisierung des Datenschutzgesetzes sowie die Durchsetzung der Netzneutralität und die Abschaffung „schwachsinniger Regelungen“ halten viele Startup-Gründer für notwendig.

„Es muss (in Deutschland) einfacher werden, ein Unternehmen zu gründen. Das Risiko in Deutschland besteht nicht darin, dass die eigene Idee nicht zündet, sondern dass man im Formular zur Umsatzsteuervoranmeldung den falschen Haken setzt.“

Außerdem beklagen viele Startup-Unternehmer den gegenwärtigen Fachkräftemangel und stellen diesbezüglich klare Forderungen an die Politik, die vor allem dafür sorgen sollte, dass ausländische Fachkräfte schneller und einfacher eingestellt werden können. Ebenfalls wird dafür plädiert, dass die Politik gemeinsam mit Hochschulen und Unternehmen Konzepte entwickelt, um besser auf wirtschaftliche Änderungen, wie bspw. Industrie 4.0, vorbereitet zu sein, sodass in Zukunft mehr Fachkräfte aus dem Inland rekrutiert werden können.

Finanzierung erleichtern

Die Startups in Baden-Württemberg fordern einen einfacheren Zugang zu Finanzierungsleistungen sowie eine Steigerung des Pflichtbewusstseins der Banken. Banken werden oftmals nicht als Partner, sondern als Gegner gesehen, was zu stellenweise drastischen Aussagen führt:

„Man muss den Banken das Geld wegnehmen, damit es sinnvoll investiert werden kann.“

Hierbei geht es den befragten Gründern vor allem um einen einfacheren Zugang zu Geldern für die Seed-Finanzierung sowie um eine einfachere und schnellere finanzielle Unterstützung im Allgemeinen. Auch die Banken sollen von der Landesregierung stärker in die Pflicht genommen werden. Die Finanzierung von Startups sollte z.B. vermehrt direkt über die Landesbanken laufen und Kreditaufnahmen sollten möglich sein, ohne dafür mit dem kompletten Privatvermögen bürgen zu müssen. Haftungsfreistellung ist demzufolge eine bedeutende Stellschraube.

Gründungsförderung einmal anders

- Startup-Unternehmern ein Grundeinkommen gewähren
- Gehälter von Arbeitnehmern in Startups bezuschussen
- Innovationsförderung für Nichtakademiker öffnen / vereinfachen
- Ein „Big Brother / Big Sister“-Programm für Startups einrichten
- Schüler und Schülerinnen ausnahmslos mit Gründergeist konfrontieren
- Fördersummen an Umsatz koppeln
- Crowdfunding-Plattform für Startups errichten, für die nur überprüfte mittelständische Unternehmen als Investoren zugelassen werden
- Forschungsförderungsprogramme analog dem US-amerikanischen SBIR initiieren, für die nur Startups und keine etablierten Spieler bieten dürfen

Netzwerke forcieren

Das Land Baden-Württemberg sollte die Netzwerkbildung von Startups aktiv fördern und Maßnahmen ergreifen, die zur Steigerung der Sichtbarkeit der Startups beitragen.

„Schafft ein Netzwerk, um die Gedanken der Mutigen auszutauschen!“

Hierzu gehören bspw. Networking Events und Startup-Messen, die den Gedankenaustausch zwischen Gründern ermöglichen und auch Startups und Investoren besser zusammenbringen. Ein Startup-Gipfel – wie im Jahr 2017 – wird folglich als sinnvolle Maßnahme eingeschätzt, sollte jedoch kein einmaliges Ereignis bleiben. Wichtig ist ebenfalls, dass die Teilnahme an solchen Veranstaltungen für Startups entweder gänzlich kostenlos oder zumindest erschwinglich ist, da diese dadurch auch ihre Sichtbarkeit erhöhen können.

Beratung diversifizieren

Unter Beratungsleistungen und -angeboten verstehen die befragten Startup-Unternehmer die verstärkte Bereitstellung von (kostengünstigen oder kostenfreien) branchenspezifischen Mentoren oder Beratern (mit entsprechender Vernetzung in die jeweiligen Branchen) à la „Big Brothers, Big Sisters“

sowie zentrale Anlaufstellen und Kompetenzzentren für Startups. In einem Mentoren-Netzwerk sollten sich Vertreter von Stadt, Land, Hochschulen und aus der Industrie vereinen und Hilfestellung, bspw. bei der Erstellung eines Business Plans, leisten. Auch Weiterbildungsangebote und Coachings für Startups sollten vermehrt angeboten werden. Wichtig ist es, viele unterschiedliche Kompetenzträger in Bewegung zu setzen, denn:

„Keiner kann alles gut.“

Support im Tagesgeschäft bieten

Startups in Baden-Württemberg sollten verstärkt Unterstützungsleistungen erhalten. Zu diesen zählen die befragten Startup-Unternehmer bspw. ein Grundeinkommen für Startup-Unternehmer unabhängig vom Geschäftskonzept. Die Bezuschussung von Gehältern würde es Startups und jungen Unternehmen erleichtern, Mitarbeiter einzustellen und sich gegen gut bezahlende (etablierte) Unternehmen zu behaupten. So können sich Startups auch im Kampf um Talente attraktiver darstellen:

„Junge Fachkräfte / Talente zieht es in Metropolen wie London oder Berlin.“

Auch eine bessere Unterstützung besonders innovativer Startups sowie Hilfestellung bei der Bewältigung bürokratischer Anforderungen (z.B. beim Ausfüllen von Förderanträgen) oder bei der Umsetzung geplanter Marketingmaßnahmen sollte erfolgen. Hierbei bleiben die Befragten unkonkret, wie die jeweiligen Unterstützungsleistungen genau aussehen könnten.

Steuern entlasten

Das aktuelle Steuersystem ist nicht auf Startups ausgerichtet. Vor allem am Anfang der Gründung sollte es laut den befragten Gründern Steuerentlastungen für Startup-Unternehmen geben. Außerdem sollte ihrer Meinung nach das Steuersystem insgesamt vereinfacht werden:

„Entweder kann ich mir keine Mitarbeiter leisten wegen Mindestlohn, oder ich habe selbst kaum Lohn wegen hohen steuerlichen Zahlungen, und / oder ich kann nicht nachhaltig für Alter bzw. Rente ansparen.“

Infrastruktur attraktiver machen

In Baden-Württemberg muss eine Infrastruktur für Startups geschaffen werden. Dazu zählt vor allem die Bereitstellung (kostenloser) Büroflächen, da im Moment noch eine zu große Abhängigkeit von „privaten Gönnern“ und Universitäten herrsche. Auch die Verkehrsinfrastruktur ist mancherorts (v.a. in den Großstädten) prekär und muss verbessert werden:

„Geförderte Immobilien sind, wenn vorhanden, entweder völlig belegt oder unattraktiv. Außerdem ist Stuttgart verkehrstechnisch eine absolute Katastrophe.“

Die Verbesserung der Verkehrspolitik kann also auch als Gründungsförderung verstanden werden.

Gründergeist entwickeln

Der Gründungsgedanke sollte durch eine sogenannte „Entrepreneurship / Entrepreneurial Education“ möglichst frühzeitig vermittelt und gestärkt werden:

„Alle, die Politik, die Wissenschaft & Forschung und die Großkonzerne müssen Startups (als treibende Kraft) wirklich ernst nehmen.“

Es müssen Barrieren in den Köpfen abgebaut und eine Startup-Kultur gefördert werden. Nach Ansicht der befragten Startup-Unternehmer ist vielen Menschen gar nicht bewusst, was es heißt, ein Unternehmen zu gründen. Deshalb ist es umso wichtiger, den Gründergedanken als Inhalt des Lehrstoffs bereits in der Schule zu vermitteln. Zu viele Schulen schaffen trotz weit verbreiteter Lippenbekenntnisse hinsichtlich einer Erziehung zum selbständigen Denken (und damit auch zum anschließenden selbständigen Handeln) immer noch nur Konformisten. Eine frühzeitige Gründerausbildung kann diesem Missstand entgegenwirken.

Etablierte Unternehmen in die Pflicht nehmen

Bei der Stärkung von Unternehmertum in etablierten Unternehmen geht es aus Sicht der Startup-Gründer vor allem um die Förderung der Vernetzung zwischen etablierten Unternehmen (Mittelständler oder Großunternehmen) und Startups:

„Generell gilt es, die etablierte Industrie weiter aufzuscheuchen, aktiver mit neuen Unternehmen zusammenzuarbeiten.“

Die Verbindung von Startups zu etablierten Unternehmen / Partnern mit strategischem Interesse hat

Synergiepotenzial und kann wesentlich zum Erfolg beider Unternehmenstypen beitragen. Solche Partnerschaften könnten beispielsweise durch entsprechende Fördermaßnahmen incentiviert werden.

Fazit

Die Vielzahl der Vorschläge von Startup-Unternehmern zur Weiterentwicklung der Gründungsförderung macht deutlich, dass es noch viele Stellschrauben gibt, um mehr Unternehmertum zu forcieren. Nicht alle gemachten Vorschläge sind originell, legen damit aber dennoch den Finger in die Wunde. Wenn etliche Startup-Unternehmer, die naturgemäß ihr Umfeld gut kennen, bereits existierende Förderprogramme anmahnen, so signalisiert das Handlungsbedarf in der Kommunikation dieser Programme. Gleichzeitig lohnt es sich aber auch, den Startup-Unternehmern zuzuhören und die Gründungsförderung einmal neu zu denken. Ein Grundeinkommen für Startup-Unternehmer kann kreativen Freiraum schaffen, die monetäre Aufwertung von Arbeitsplätzen in Startups wird diese für Hochqualifizierte attraktiver machen und eine Koppelung von Förderung an Umsätze folgt dem „Proof of Concept“ und stellt eine wenig marktverzerrende, aber dennoch sinnvolle Unterstützungsmaßnahme dar. Gerade das Potenzial solcher kreativen Maßnahmen gilt es zukünftig zu heben.

Autoren



**Univ.-Prof. Dr.
Andreas Kuckertz**

andreas.kuckertz@uni-hohenheim.de



Alicia Prochotta

a.prochotta@uni-hohenheim.de

Impressum

Universität Hohenheim
Fachgebiet Unternehmensgründungen und
Unternehmertum (570c)
Wollgrasweg 49
70599 Stuttgart
Tel.: +49 711 459 24821

Bildmaterial: Universität Hohenheim, Felix Pilz, privat.
V.i.S.d.P.: Univ.-Prof. Dr. Andreas Kuckertz

www.entrepreneurship.uni-hohenheim.de

Bislang erschienen

Kreative Gründungsförderung – wo Startups die Politik in der Pflicht sehen. Andreas Kuckertz und Alicia Prochotta. *Hohenheim Entrepreneurship Research Brief*, Nr. 3, September 2017. Stuttgart: Universität Hohenheim.

Jeder für sich oder alle zusammen? Das Stuttgarter Startup Ökosystem. Andreas Kuckertz, Elisabeth S.C. Berger und Tobias Pommer. *Hohenheim Entrepreneurship Research Brief*, Nr. 2, Juni 2017. Stuttgart: Universität Hohenheim.

Den „Generationenkonflikt“ durch richtige Kooperation überwinden – was Startups von Großunternehmen erwarten. Andreas Kuckertz und Martin Allmendinger. *Hohenheim Entrepreneurship Research Brief*, Nr. 1, Januar 2017. Stuttgart: Universität Hohenheim.

Alle bislang erschienenen Hohenheim Entrepreneurship Research Briefs sind auf der Internetpräsenz des Hohenheimer Fachgebiets Unternehmensgründungen und Unternehmertum verfügbar:

<https://entrepreneurship.uni-hohenheim.de/researchbrief>